Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M 2.50 durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.

Annahme von Ankündigungen: Altstadt, Seestr. 8, 9 Uhr Morgens, Sonntags v. Früh 11—1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.

Die 1spaltige Grundzeile kostet 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unter Strich (amtl.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Hohenzollern-Mäntel, Kaiser-Mäntel, Stanley-Mäntel, Havelocks von 15 Mk. an, empfiehlt in grosser Auswahl (auch nach Maass) **Robert Kunze,** 1 Altmarkt 1 (Rathhaus).

Thüre zu! D.R.-Patent. Thüre zu! Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. 70.000 Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., Tiechstr. 12, fr. 27.

Dr. Ziegler's Magentropfen, Appetit anregend, Verdauung befördernd und den Magen erwärmend. 1 Flasche Mk. 1.50. Versandt nach auswärts. **Königl. Hofapotheke, Dresden,** Georgenthor.

„Faulenzer" Fasend, sitzfleisch- und tintenfest. **Paul Koppel,** Pirnaischestr. 39.

Sämmtliche Neuheiten in **Rock-, Hosen- u. Anzug-Stoffen** empfiehlt in grösster Auswahl **Wilh. Böhme,** Tuchhdlg., Scheffelstr. 6.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3. Fernsprechstelle 1606.

Nr. 307. Spiegel: Ergebniß der preußischen Landtagswahlen. Hofnachrichten. Landtagswahlen, Bahnhofsbauten, Victoriasalon, Hypnotismus, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen. Casino-Concert. **Freitag, 3. Nov.**

Politisches.

Das laufende Jahr ist überreich an Wahlen gewesen. Den Reichstagswahlen folgten eine Reihe von Wahlen in den Einzelstaaten, in Bayern, Baden, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Braunschweig und in verschiedenen thüringischen Staaten. Den Schluß bilden die Wahlen zu dem preußischen Abgeordnetenhause, deren erster Akt soeben vor sich gegangen ist. Dieser bestand in den sogenannten Urwahlen, aus denen die Wahlmänner hervorgehen, welche dann später zusammentreten, um die Wahl der Abgeordneten zu vollziehen. Die Eigenthümlichkeit des preußischen Wahlsystems besteht in der Theilung der Urwähler in drei Abtheilungen, die dergestalt gebildet werden, daß auf jede von ihnen ein Drittheil der Gesammtsumme der direkten Steuerbeiträge aller Urwähler entfällt. Wie immer sind auch diesmal bei dieser Dritteilung seltsame Erscheinungen zu Tage gekommen, besonders insofern, als innerhalb derselben politischen Gemeinde Personen, die in sozialer und wirthschaftlicher Beziehung einander gleichstehen, je nach der zufälligen Lage ihrer Wohnungen ganz verschiedenen Wählerklassen angehören und in Folge dessen ein ganz verschiedenes Wahlrecht haben. In einem Berliner Wahlbezirke schließt die erste Wahlerabtheilung mit einem Betrage von 73,540 Mk. an direkten Staatssteuern, während man anderwärts nur 20 Mk. zu entrichten braucht, um Wähler der ersten Klasse zu sein. Als Kuriosum verdient erwähnt zu werden, daß der Reichskanzler Graf Caprivi trotz seines Gehaltes von 51,000 Mk. Wähler der untersten, der dritten Abtheilung ist. Denn in seinem Urwahlbezirke schließt die erste Abtheilung schon mit 33,118, die zweite mit 10,546 Mk. Steuerbetrag. Wie sich das Wahlrecht in den verschiedenen Wählerabtheilungen zu einander verhält, mag aus einem Beispiele erhellen. Im ersten Berliner Landtagswahlkreise hat die Stimme eines Wählers der ersten Klasse so viel Gewicht, wie die von 43 Wählern der dritten Klasse. Ein Wähler der zweiten Klasse hat dort so viel Wahlrecht als 12 Wähler dritter Klasse zusammengenommen. Anderwärts sind die Unterschiede noch weit größer.

Nächst den Reichstagswahlen sollten die Wahlen für den preußischen Landtag bei dem innigen Zusammenhange, der zwischen der innerpolitischen Lage im Reiche und in dessen größtem Bundesstaate besteht, das größte Interesse in Anspruch nehmen. Die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen und im Reichstage sind zum Theil von einander abhängig und bedingen einander. Aber trotz der Bedeutung, die den preußischen Landtagswahlen beigemessen werden muß, ist die Theilnahme an denselben eine so geringe gewesen, daß von einer eigentlichen Wahlbewegung kaum geredet werden kann. Von Erregung, von Leidenschaft war kaum eine Spur zu finden. Kalt und gleichgiltig, wenn nicht gar widerwillig ist das preußische Volk zur Urne geschritten. Selbst in Berlin war die Wahlbetheiligung geringer als jemals zuvor. Es mangelte an durchschlagenden Wahlparolen, großen, leitenden Gesichtspunkten, und da sich die Sozialdemokraten an dem Wahlkampfe überhaupt nicht betheiligten, fehlte auch dieser Anspornzur Bethätigung einer regeren Antheilnahme der Wähler. Augenblicklich läßt sich das Ergebniß der Wahlen noch nicht annähernd übersehen. Das wird erst möglich, wenn die Resultate der Abgeordnetenwahlen, die am 7. November stattfinden, vorliegen werden. Ohne große Sehergabe läßt sich aber schon heute behaupten, daß die einzelnen Parteien in der Hauptsache ihren alten Besitzstand behaupten werden, daß es sich daher in den meisten Fällen eigentlich nur um die formelle Erneuerung gesicherter Mandate handeln kann. Auch hierin ist ein Grund zu suchen für die allgemeine Theilnahmlosigkeit und die Gleichgiltigkeit, mit der man in Preußen wie im Reiche dem Ausfalle der Wahlen entgegensieht. Aber wenn auch schließlich Alles beim Alten bleibt, so wird es doch nicht an bemerkenswerthen Einzelheiten fehlen. Hierzu ist vor Allem die Niederlage zu rechnen, die Eugen Richter in seinem alten Landtags- und Reichstagswahlkreise Hagen erlitten hat. Aller Voraussicht nach werden dort die Nationalliberalen den Sieg davontragen. Richter wird indeß nicht mandatlos bleiben. Dafür hat die Hochburg des Fortschritts, die Reichshauptstadt, gesorgt, die nunmehr den Führer der freisinnigen Volkspartei in das Abgeordnetenhaus entsenden wird, und zwar zum zweiten Male, da Hagen seinem Richter schon früher einmal abtrünnig geworden war. Trotz dieser Schlappe schwelgt Eugen Richter in Siegestrunkenheit. Aber nicht darüber etwa triumphirt er, daß er seine unversöhnlichen Gegner, die Konservativen und Antisemiten, besiegt hat, sondern über den Sieg, den er über seine ehemaligen Freunde und Fraktionsgenossen, die freisinnige Vereinigung, erstritten hat. In Berlin hat die freisinnige Volkspartei das Feld behauptet. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichshauptstadt im preußischen Parlament ausschließlich durch Trabanten Richters vertreten sein wird. Die freisinnige Vereinigung unter Rickerts Führung hat dagegen in Berlin ein herzlich klägliches Fiasko erlitten. Sie hat es bei den größten Kraftanstrengungen auf nicht viel mehr als 1 Prozent der Gesammtzahl der Wähler gebracht. Es hat sich gezeigt, daß sie dort nur eine Partei von Offizieren ohne Mannschaften ist. Die freisinnige Vereinigung, mit Eugen Richter schadenfroh aus, hat sich in den Augen der Berliner lächerlich gemacht. Selbst das Judenthum, das in der freisinnigen Vereinigung stets die nachhaltigste Vertretung gefunden hat, konnte die Niederlage nicht aufhalten. Bezeichnend ist es freilich immerhin, daß sie ihre Wahlmänner nur in solchen Wahlbezirken durchgebracht hat, wo in einer Abtheilung überwiegend jüdische Wähler erschienen waren. Das stimmt vortrefflich zu der Zusammensetzung ihres Wahlausschusses, in welchem ebenfalls die Juden das große Wort führten. Die freisinnige Vereinigung ist eben vorzugsweise Judenschutztruppe. Daraus folgt nun aber nicht etwa, wie die „Kreuzztg." richtig bemerkt, daß ihr feindlicher Bruder, die freisinnige Volkspartei, die Juden wird von sich abschütteln wollen. Im Gegentheil, jetzt wird voraussichtlich ein edler Wettstreit um die Gunst des auserwählten Volkes beginnen, und beide Gruppen werden in Bezug auf das Maß von Kriecherei gegenüber dem jüdischen Geldsack um die Palme ringen.

In Erinnerung an den großen Krach des Richterschen Freisinns bei den letzten Reichstagswahlen darf derselbe mit den Erfolgen, die er nach den vorliegenden Mittheilungen hier und da, wenn auch nur in sehr bescheidenem Maße, erzielt hat, recht zufrieden sein. Die drei Breslauer Sitze dürfte die freisinnige Volkspartei, allerdings mit Unterstützung der Rickertschen Gruppe, wieder gewonnen haben. Auch in Frankfurt a. M. scheint die freisinnig-demokratische Koalition die Nationalliberalen, welche bisher über die dortigen Mandate verfügten, aus dem Felde geschlagen zu haben. Eine der interessantesten Seiten des Wahlkampfes dürften die Ergebnisse darbieten, welche die beiden antisemitischen Parteirichtungen der Deutschsozialen und der Reformer mit ihren Kandidaten erzielt haben. Ferner darf man auf den Ausfall der Wahlen in den polnischen Distrikten, in denen eine etwas lebhaftere Wahlbetheiligung stattgefunden hat, gespannt sein, da hierin der Maßstab für die Wirkung zu finden sein dürfte, welche die veränderte Polenpolitik auf die polnische Bevölkerung hervorgebracht hat. Die Polen, denen die Belobigung für ihre Haltung in den Tagen der Militärvorlage zu Kopf gestiegen ist, haben viele Wünsche. Ihre Erfolge scheinen auf die polnisch redenden Oberschlesier, auf die Litthauer, ja auf die Mähren, von denen wohl nur Wenige wußten, daß auch solche Unterthanen des preußischen Königs sind, anregend und aufmunternd eingewirkt zu haben. Die Mähren hatten die Stille der gegenwärtigen Wahlperiode benutzt, um sich ihren preußischen Mitbürgern vorzustellen und ihre allerparteiischen Wünsche nach einem mährischen Abgeordneten, nach mährischer Schule und Gerichtssprache kundzuthun. Von dem Verlangen, daß mindestens ein Mitglied des preußischen Kabinets Mähre sein müsse, wurde vorläufig noch Abstand genommen; wenn sich die Zahl der Mähren, die jetzt 66,000 beträgt, auf 70,000 gehoben haben wird, soll unerbittlich darauf bestanden werden. Wie die Mähren, sind auch die Litthauer in diesem Jahre zum ersten Male beziehungsweise seit langer Zeit wieder zum ersten Male politisch selbstständig aufgetreten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. November.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute Mittag in Berlin ein, von die Kaiserin Friedrich zu begrüßen. — Der deutsche Botschafter am russischen Hofe, General v. Werder, ist nach längerer Anwesenheit in Berlin nach Petersburg zurückgekehrt. — In der letzten Sitzung des Verwaltungsraths der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft wurde unter Anderem mitgetheilt, daß die Entwickelung auch in geschäftlicher Hinsicht günstig sei. — Das Kaiserliche Gesundheitsamt macht folgende Cholerafälle bekannt: In Tilsit 3 Neuerkrankungen, in Berlin wurde bei einer Schlächtersfrau, in Gartz a. d. Oder bei einem Arbeiter und dessen Kind Cholera nachgewiesen; in Gladow und Worlosy (Kreis Randow) je ein neuer Krankheitsfall; in Hinacker (Kreis Dannenberg) langte ein Schiffer cholerakrank an; in Hamburg vom 27. Oktober bis 2. November 4 Erkrankungen, davon 2 mit tödtlichem Ausgang. — Die der Stadtgemeinde Berlin gemachte letztwillige Zuwendung der Bauunternehmer Schmidtchenschen Eheleute im Betrage von 1½ Millionen Mark zum Zwecke der Errichtung eines Kinderhauses hatten die Kinder der Verstorbenen angefochten. Das Reichsgericht hat nun endgiltig die Zuwendung für rechtsgiltig erklärt. Die Stiftung soll dem kaiserlichen Wunsche nach den Namen Kinder-Asyl erhalten. — Wieder ist ein Besitzer eines hiesigen Spezialitäten-Theaters, Namens Belser, mit Hinterlassung bedeutender Schulden durchgegangen. — Die Angestellten der Firma Wissing u. Moessmann sind wieder auf freien Fuß gesetzt und nur die vier Chefs in Haft behalten worden.

Berlin. Der Ausgang des Hannoverschen Spielerprozesses wird von den meisten Hauptblättern besprochen. Die „Kreuzztg." veröffentlicht zwei Schreiben, das erstere ist „Ein alter Offizier", das zweite „Ein alter Edelmann und Soldat" unterzeichnet. In dem ersteren wird darauf hingewiesen, daß einen großen Theil der Schuld die Rennplätze tragen, auf denen die Lust am Hazardiren erweckt werde. Der Verfasser fährt fort: „Wie wenig die Vorgänge der Armee als solcher zur Last gelegt werden sollen, geht daraus hervor, daß bekannter Weise, dank den unablässigen Bemühungen des Kriegsherrn und der Kommandeure das Spiel, das zu unserer Jugendzeit in den Regimentern vielfach grassirte, in der Folge dort gänzlich unterdrückt worden ist." In dem zweiten Schreiben ergeht eine ernste Mahnung an den Adel, seine Söhne in bescheidenerer, anspruchslosterer Weise zu erziehen, sie im elterlichen Hause von jeglichem Sport fernzuhalten, sie wieder in den Tugenden eines wahren Edelmannes, als da sind Frömmigkeit, Tapferkeit, Ehrenhaftigkeit, Bescheidenheit, Stetigkeit, Sparsamkeit u. s. w., zu unterweisen und ihnen selbst ein gutes Beispiel echter, ungekünstelter Einfachheit zu geben, welche allezeit der Schmuck des Adels gewesen ist und auch heute noch sein sollte. „Lassen Sie dann", fährt er fort, „Ihre Söhne wie andere schlichte Erdenbewohner das Gymnasium bis zur Abiturientenreife durchmachen und lehren Sie beim Besuch der Universität oder beim Eintritt in die Armee daraus, daß sie in Verhältnisse kommen, in welchen ihnen der einfach-fromme Sinn des Elternhauses nicht verloren geht. Bei solcher Erziehung darf keineswegs die Lust für das edle Waidwerk und die schneidige Reiterei erstickt werden, dieser Sport wird vielmehr nur in segensreicher Weise fördernd und belebend auf den jungen Edelmann und Offizier einwirken, wenn derselbe in den richtigen Grenzen bleibt, frei von den leider so oft damit verbundenen Schwänzereien und anderen Ausschweifungen." Die „Nat.-Ztg." sagt: „Es muß in den Offizierkorps, wo die Staatsgewalt den dazu nothwendigen unmittelbaren Einfluß zu üben vermag und ihn wegen der drohenden Gefahr für zahllose junge Leute zu üben verpflichtet ist, unnachsichtlich der Grundsatz zur Geltung gebracht werden, daß das Hazardspiel höchst unehrenhaft ist, unehrenhaft für Gewinner und Verlierer schon darum, weil ausnahmslos der Verlierer das Vermögen seiner Familie ruinirt: das Betriebskapital des Vaters, den einzigen Lebensunterhalt der Mutter als Wittwe, die Erziehungsgelder der Brüder, die Aussteuer der Schwestern. Und derart verlorenes Geld zu gewinnen ist ebenso unehrenhaft wie es zu verspielen. Wenn in den Offizierkorps unnachsichtlich nach dieser Auffassung verfahren wird, so werden die heilsamen Wirkungen auch in anderen Kreisen, auf welche eine unmittelbare staatliche Wirkung unmöglich ist, nicht ausbleiben." Die „Voss. Ztg." weist darauf hin, daß auf der Zeugenbank von Hannover vorzugsweise Offiziere solcher Regimenter saßen, deren Offizierkorps sich ausschließlich aus dem Adel rekrutiren und nicht eine Mischung mit bürgerlichen Offizieren aufweisen, die mit keinem Adelsprädikat gesegnet, aber umso thatkräftiger sind, ferner daß die Kavallerie Offiziere ebenso emsig im Dienst beschäftigt werden wie heute vielfach die Offiziere der Infanterie. Der Infanterist ist jetzt gemeinhin am Abend so ermüdet, daß er zum Spiel keine Lust und keine Zeit habe, zumal er am nächsten Morgen wieder in den Dienst müsse. Einen Theil der Verantwortung für das Wachsthum der Spielsucht treffe auch jene Kreise, die die Erweiterung der Lotterien und die Aufstellung des Totalisators durchgesetzt haben.

Berlin. Der Spielsucht, welche besonders hier in Berlin herrscht, soll, wie in Polizeikreisen verlautet, seitens der Eisenbahnverwaltung eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden, und zwar wird die Errichtung einer ständigen Sektion für die Bearbeitung dieses schwierigen Dienstes geplant. Bis jetzt lag dieser Dienst in der Hand von zwei Kriminalkommissaren, welche indessen noch viele andere Strafsachen bearbeiteten, die mit dem Spiel nichts zu thun hatten; fortan soll für dieses Ueberwachungsgebiet ein selbstständiger Apparat geschaffen werden. Es ist bereits eine schärfere Handhabung der Gasthofspolizei angeordnet worden, es soll dadurch das heimliche Spiel, welches namentlich in Hotels stattfindet, verhindert werden. Wie weiter verlautet, sollen zur Durchführung einer einheitlichen Unterdrückungsmaßregel demnächst im Ministerium des Innern kriminalistische Berathungen erfolgen. Ferner spricht man in militärischen Kreisen davon, daß dem Spielteufel im Offizierkorps durch Abgabe einer bezüglichen ehrenwörtlichen Verpflichtung, nicht zu spielen, gesteuert werden soll. — Gelegentlich der österreichischen Manöver bei Göllersdorf sprach Kaiser Wilhelm die Absicht aus, im nächsten Jahre große Manöver der deutschen Armee zu veranstalten. Denselben werden der Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Albrecht und Mitglieder der österreichischen Generalität beiwohnen. Bei der Anwesenheit Erzherzog Albrechts in Berlin wurden Vereinbarungen über die Manöver getroffen; dieselben werden nach dem Muster der Günzer Manöver veranstaltet. Kaiser Wilhelm will dem verbündeten österreichischen Monarchen Proben der Leistungsfähigkeit des deutschen Heeres geben.

Berlin. Dem Reichstag sollen die drei Steuergesetzentwürfe gleich bei seinem Zusammentritt gleichzeitig mit dem Etat und einer die Finanzreform betreffenden Denkschrift vorgelegt werden. Im Post-Etat für 1893/95 ergiebt sich gegen den Voranschlag ein um 4½ Millionen M. gegen das laufende Etatsjahr höherer Ueberschuß. — Die Revision des Redakteurs Fischer und des Rechtsanwalts Stadthagen in Berlin, welche vom Landgericht in Hamburg wegen Beleidigung des Staatsanwaltes Romen zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt waren, ist heute vom Reichsgericht verworfen worden.

Straßburg. Der deutsche Förster Reuß aus Plaine bei Schirmeck traf am 1. Nov. auf 5 französische Wilddiebe auf deutschem Gebiet, 200 Meter von der Grenze. Die Wilddiebe schossen zuerst, der Förster blieb unverletzt und tödtete 2 Wilderer. Staatsanwalt und Gerichtsbehörde begaben sich sofort an den Thatort.

Straßburg. Der Staatsanwalt und die Gerichtsbehörde, welche sich sofort an Ort und Stelle begaben, wo Förster Reuß aus Plaine die beiden französischen Wilderer erschoß, stellten fest, daß der Förster aus Nothwehr gehandelt habe.

Flensburg. Die gestern von der Regierung infolge der Unterschlagungen des flüchtigen Kassirers Sahro verfügte Schließung der dänischen Sparkasse in Hadersleben ist heute wieder aufgehoben worden, da die unterschlagene Summe von 130,000 M. durch den bedeutenden Reservefonds der Sparkasse gedeckt wird.

Karlsruhe. Die „Bad. Korr." erklärt gelegentlich einer Besprechung der Reichsfinanzreform, daß mit bloßer Negation nichts gethan sei. Die Verweigerung der Steuervorlagen würde die Fortdauer eines unleidlichen Zustandes, der Abhängigkeit der Einzelstaaten von der Reichsfinanzgebahrung auf unbestimmte Zeit bedeuten. Aus einer Ablehnung der Steuervorlagen würde sich für die Einzelstaaten die Nothwendigkeit einer beträchtlichen Erhöhung der direkten Steuern ergeben und folgerichtig auch eine stärkere Belastung der Volksmasse, als bei den Reichssteuerprojekten. Der Reichstag werde nicht umhin können, zur Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reiches den Einzelstaaten die Hand zu bieten.

* Wien. Die hier sehr bekannte Wirkwarenfirma Moriz Lewy ist in Zahlungsstockungen gerathen; die Verbindlichkeiten betragen etwa 150,000 Gulden.

Wien. In parlamentarischen Kreisen erblickt man in der Berufung des Fürsten Windischgrätz ein Anzeichen dafür, daß dieser Kandidatur für die Ministerpräsidentschaft in dem geplanten Koalitionsministerium nunmehr ernstlich in den Vordergrund getreten ist, während die Berufung der Statthalter von Böhmen und Galizien, wie man glaubt, nur zur Informirung der Krone erfolgt ist.

Paris. In den Kohlengruben des Pas de Calais arbeiten jetzt 30,000 Arbeiter, nur 13,000 streiken noch.

* Paris. Wie verlautet, soll die Arbeiterbörse in der nächsten Woche wieder eröffnet werden. Das Ministerium des Innern bereitet ein neues Reglement vor, mit welchem sich eine große Zahl der Arbeitervorsteher bereits einverstanden erklärt hat.

Rom. Kardinal Lauenzi ist heute früh gestorben.

* Meran. Heute früh um 8½ Uhr verschied plötzlich der Chef der bekannten großen Leipziger Firma August Polich im 57. Lebensjahre.

* Madrid. Die Rüstungen und Truppenbewegungen nehmen große Dimensionen an. In Andalusien sind 20,000 Mann aufgestellt. Die Handelsschiffe erbieten sich, in 20 Stunden Truppen an die marokkanische Küste zu bringen. Der Gouverneur von Melilla erhielt den Befehl, auf die Einwohner der Riffküste zu feuern. Der Sultan ist offiziös benachrichtigt worden, daß bis zum 15. Nov. die Differenzen von ihm zu regeln seien.

* Madrid. Die hiesige Presse fährt fort, England anzugreifen. Die Chauvinisten fordern die Regierung auf, energisch vorzugehen. Die Presse ist der Ansicht, daß Frankreich und Rußland die Forderungen Spaniens gegen England unterstützen werden.

London. Nach einer Meldung aus Tripolis vom 30. Oktober verlautet daselbst, daß französische Truppen strittiges Gebiet an der tripolitanisch-tunesischen Grenze betreten hätten; es seien 1500 Mann türkische Truppen zur Verstärkung der Garnison aus Konstantinopel in Tripolis eingetroffen.

* Petersburg. Das Kaiserpaar reist in den nächsten Tagen zum Besuch des Großfürsten Georg nach dem Kaukasus, da der Gesundheitszustand des Großfürsten sich verschlechtert haben soll.

* Konstantinopel. In der nächsten Zeit begiebt sich eine besondere Gesandtschaft im Auftrage des Sultans nach Berlin, um Kaiser Wilhelm den ihm vom Sultan verliehenen neugestifteten Orden der osmanischen Dynastie zu überreichen.

---

† Dresden. Heute Abend haben die Stadtverordneten die Aufbesserung der Gehalte der städtischen Beamten und Bediensteten und die Gewährung von Dienstaltenzulagen an dieselben der Rathsvorlage gemäß genehmigt und zwar ohne Debatte.

Pfund's Kinderwitsch. Trocken u. nässend. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankstr. 79.